

5. / XI. 1915

Die Ernährungsfragen im Reichstagsauschuß.

In der Weiterberatung des Reichstagsauschusses am Sonnabend erklärte ein anderer fortschrittlicher Abgeordneter, mit dem Berichterstatter darin einig zu sein, die Ernährungsfragen ruhig und sachlich zu behandeln. Bedauerlich sei, daß draußen im Lande die agrarische Presse nicht nach diesen Grundsätzen verfähre. Es müsse beunruhigen und arg verstimmen, wenn von dieser Presse gerade dann höhere Preise gefordert werden, wo die Minderbemittelten die Teuerung schon schwer genug empfinden. Selbstverständlich kann die Landwirtschaft nicht dauernd unter den Herstellungspreisen verkaufen, aber man darf in diesen Klagen auch nicht zu weit gehen. Die Einführung einer Fettkarte für Kunstfette und von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Minderbemittelten sei erwünscht. Irrig seien die Ausführungen des konservativen Redners, daß die Futterpreise zehnmal mehr gestiegen seien, als die Viehpreise; man dürfe nicht lediglich die teuersten Futtermittel zur Grundlage der Berechnung machen. Das Vorgehen des preussischen Ministers des Innern in der Futtermittelversorgung ist zu begrüßen. Bei der Verteilung der Futtermittel sind bedauerliche Ungleichmäßigkeiten vorgekommen. Es stehe zweifellos fest, daß die Kartoffelverordnung durch die Schuld des preussischen Landwirtschaftsministeriums verzögert worden sei. Der Staatssekretär des Innern habe erklärt, der preussische Landwirtschaftsminister habe seinen Ressortstandpunkt vertreten, der Reichsschatzsekretär aber gesagt, der Landwirtschaftsminister habe die allgemeinen Interessen vertreten. Ueber diese Differenz könne nicht ohne weiteres hinweggegangen werden. Für des Redners Partei unterliege es keinem Zweifel, daß die Ursache der Verzögerung im Landwirtschaftsministerium liege. — Eine offiziöse Korrespondenz sollte sich jeder Polemik enthalten; in dem „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“, der vom preussischen Ministerium des Innern herausgegeben werde, sei aber Objektivität zu vermessen.

Ein nationalliberaler Bauernbündler begrüßt gleichfalls die Futtermassnahmen des Ministeriums des Innern, wünscht aber, daß alle Gegenden gleichmäßig berücksichtigt werden. Die erheblichen Vorräte an Schlachtschweinen, die bei Kriegsausbruch vorhanden waren und die auf der riesigen Zufuhr von ausländischem Futter im Frieden beruhten, haben es ermöglicht, daß wir bis Weihnachten 1914 normale Preise hatten. Alle Maßnahmen der Regierung zeugten von mangelndem Verständnis für den Kleinbetrieb, und die Schuld daran liege beim preussischen Landwirtschaftsminister, gegen den schon vor dem Kriege Beschwerden wegen ungenügender Berücksichtigung sozialpolitischer Grundsätze erhoben werden mußten. — Bezüglich der Produktionskosten und der Rentabilität der Landwirtschaft schließt sich der Redner seinem fortschrittlichen Vordredner an; einzelne Betriebe mögen ja Not leiden, namentlich diejenigen, die viel zulaufen müssen, im ganzen aber seien die Angaben der fortschrittlichen Abgeordneten auch für größere Bauernwirtschaften zutreffend.

Darauf trat die Mittagspause ein.

*

Ein konservativer Redner widersprach in der Nachmittagsitzung der Ansicht, als hätte die Landwirtschaft für ihre Erzeugnisse während des Krieges zu hohe Preise genommen. Die

Gestaltung der Lebensmittelpreise

habe aus Mangel an Kenntnis der Sachlage Unzufriedenheit ausgelöst. Die heutigen Preise entsprächen aber vielfach den Friedenspreisen, so bei Brot und Kartoffeln. In den letzten vier Friedensjahren hätten Kartoffeln in Berlin im Kleinverlauf 4,40 M. und 4,50 M. gekostet, jetzt 4 M. der Zentner. Mit anderen Artikeln sei es ebenso der Fall. Redner legte zahlenmäßig dar, daß Deutschland in Bezug auf die Lebensmittelpreise besser daran sei, als das Ausland. Bestreiten wolle er allerdings nicht, daß mancher Verbraucher die Preise schwer erschwingen könne. Wo Bücher vorliege, sei er zu verurteilen; in der Landwirtschaft sei er aber nicht zu finden. Warum rede man nicht von den hohen Lederpreisen und den Preisen anderer Artikel des Handels und der Industrie? Der Bund der Landwirte habe von Anfang an die Brotorganisation angeregt und eine amtliche Preisbestimmung gefordert. Die Vorwürfe gegen den Bund der Landwirte, die hier und außerhalb des Hauses erhoben worden seien, müsse er zurückweisen. Ein Teil der Presse habe sich der Landwirtschaft gegenüber wenig sachlich verhalten und statt aufklärend zu wirken, verwirrend gewirkt. Wenn man jetzt sich im Verbrauch gewisser Dinge beschränken müsse, so sei dies erklärlich, aber auch möglich. Durch ungerechtfertigte Vorwürfe solle man nicht die so notwendige Arbeitsfreudigkeit der Landwirtschaft herabmindern. Redner erörterte eingehend die Kartoffelfrage. Bei Beschlagnahme zu großer Mengen entstehe die Gefahr, daß der Anbau eingeschränkt und die Ernte verringert werde. Man dürfe nicht nur diejenigen Landwirte in Betracht ziehen, die gute Böden und eine gute Wirtschaft hätten, sondern auch die anderen. Zu bedenken sei ferner, daß heute die Frau in der Hauptsache den landwirtschaftlichen Betrieb führen müsse. Bei aller Anerkennung der vielen Arbeit der Reichsämter, das eine hätten sie nicht verstanden, die Interessen der Verbraucher und die der Erzeuger durch Förderung der Herstellung in Einklang zu bringen.

Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Helfferich gab dem Vordredner darin recht, daß die große zu lösende Aufgabe sei, die Herstellung mit der Leistungsfähigkeit in Einklang zu bringen. Dabei würden die Reichsfinanzen in erheblicher Weise berührt. Mit seiner Zustimmung seien zweimal 200 Mill. M. zur Verfügung gestellt worden. Die erhöhte Familienunterstützung solle den Minderbemittelten die Beschaffung ihres Lebensunterhaltes erleichtern; demselben Zweck dienten die Ausgaben für die Arbeitslosen. Die Unterstützungen für die Textilarbeiter würden zur Hälfte vom Reiche getragen. Einzelstaaten und die Gemeinden seien an der anderen Hälfte beteiligt. Staat und Gemeinden gäben noch weitere Beihilfen. Wenn der Staat Summen hergebe für Aufzucht und Mast von Schweinen, so sei das im Interesse der Verbraucher zu begrüßen und eine Mitarbeit an der Lösung des erwähnten großen Problems. Was von Reichs wegen in dieser Hinsicht geschehen könne, werde geschehen. Es müsse daran erinnert werden, daß die Verhältnisse bei uns besser seien wie in anderen Ländern, die viel größere Preissteigerungen auf dem Lebensmittelmärkte hätten. Hier aufklärend zu wirken, halte er für eine wichtige Aufgabe der Presse, die dann dazu beitrage, die Einigkeit zu erhalten.

Hierauf wurde die Weiterberatung auf Montag vormittag vertagt.